

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gegebenst

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin, Unter den Eichen 87. Für Rücksendung anverl. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasoprop Zentrale Ullstein's: Am Dönhofsplatz 7 2000-3000, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 2000-3000. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Ohne Selbstverwaltung

Berlins Selbstverwaltung ist aufgehoben. In Stelle des Magistrats und der Stadtorbitorbentversammlungen treffen zwei Regierungskommissionen die wichtigsten Entscheidungen. Ein Vorgesand, der nach vor wenigen Jahren völlig unmöglich gewesen wäre und in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung nachgerufen hätte. Ein Schritt, der leider unumkehrbar war und heute fast schon als Selbstverständlichkeit hingenommen wird.

Eine verhängnisvolle Entwicklung hat damit einen Anfangpunkt erreicht. Seit sich die Verwaltung durch Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern überall, in allen Körpergegenden, in denen der Bevölkerung die letzte Entscheidung zugewiesen ist. Alle diese Selbstverwaltungskörper sind bedroht durch die Eile der Verantwortung, durch die Abkehr von ihren eigentlichen Aufgaben, durch eine Politisierung und Fabrikalisierung, die den Staat zwingt, auf Grund des allgemeinen Landrechts zehrend einzuschreiten, um durch seine Beamten das anordnen zu lassen, was für die Vertreter der Selbstverwaltung nicht aufrufen können.

Was ist die Verantwortung der Stadtorbitorbentversammlungen? Die Verantwortlichen haben sich, zum Teil ohne ihre Schuld, so ausgeprägt, daß die Stadtkämmerei auch beim besten Willen nur noch bedingte für Ausgaben finden können, die ihnen die finanzielle Gefährdung und die wirtschaftliche Not auferlegen. Aber so schlimm diese Verhältnisse sind, sie werden zu wehren, wenn überall der gute Wille zur richtigen Arbeit vorhanden wäre.

Stadtoberen hat das langjährige Interesselienium, was das hässliche Mauthausen in allem Wettbewerb die Kraft der verantwortlichen Persönlichkeiten in den Stadtorbitorbentversammlungen vielfach lahmgelegt und ausgezehrt. Der Kampf gegen Mithstände diente vielfach als Vorwand für parteipolitische Bestrebungen. Die organisierte Mitwirkung der Galerie, die Stabskassen, die von den Rechts- und Einkassabürokraten bei jeder Gelegenheit inagiert wurden, die flügellose Kampfkraft, die aus den Stadtorbitorbentversammlungen Gegeriererei für politische Umwälzungen machte, das alles hat allmählich das stolze Gebäude der Selbstverwaltung erschüttert.

Die Gefährdung muß von unten kommen. Die Wähler müssen die Gruppen zur Verantwortung ziehen, die an dieser verhängnisvollen Entwicklung die Schuld tragen. Nicht die großen Versammlungen sind der Wurfschein bürgerfreundlichen Willens, sondern die praktische Arbeit, die sachliche Opferbereitschaft, der Verantwortungsmut.

Berlin wird für zwei Tage von zwei Staatskommissionen regiert. Eine Ausweisung. Bei anderen Gemeinden dürfte es ein einzelner Regierungsmann sein.

Die Reichshauptstadt, am schwersten gebeugt, am schwersten behauptet, der Stummelgebirg der mildsten Segel, der Angelpunkt aller radikalen Kräfte, muß das Beispiel geben, das zur Überwindung der Katastrophe der Selbstverwaltung führt. Hundert Jahre aufsteigender Entwicklung stehen auf dem Spiel. Sind ausgebeutet und verloren, wenn sich der gesunde Bürgerinn nicht endlich regt, der Berlin groß gemacht hat und in den schwersten Zeiten aufrechtsteht. J. E.

## Zwei Tage Staatskommission

Eine Unterbrechung mit Oberregierungsrat von Stein

Der heute vormittag zum Staatskommissioner von Berlin ernannte Oberregierungsrat von Stein genährte wenige Stunden nach seiner Ernennung unsern kommunalpolitischen Mitarbeiter eine Unterbrechung.

Der Staatskommissioner legte besonderen Wert darauf, zu erklären, daß es sich lediglich um eine Notmaßnahme handle, die sich nachher durch den Er und der Staatskommissioner Dr. Kopp zu beiden bereits vollständig in der Vorbereitung des Oberpräsidenten vorgelegenen Steuerentscheidungen sowie die Ausgabenbestimmungen untergeordnet.

Die Vorbereitungen werden morgen veröffentlicht werden. Damit ist die Aufgabe der beiden Staatskommissionen bereits beendet. Die Selbstverwaltung der Reichshauptstadt ist also lediglich für eine bestimmte Maßnahme, die aus der Not der Zeit erforderlich ist, unterbrochen worden.

Magistrat und Stadtorbitorbentversammlung können mit Ausnahme der von den Staatskommissionen getroffenen Finanzsach-

schlüsse wieder sämtliche kommunalen Aufgaben erfüllen. Auf der Frage, warum man zwei Staatskommissionen ernannt habe, erklärte Oberregierungsrat von Stein, daß nach der Auslegung eines Urteils eines Oberverwaltungsgerichts die Maß-

nahmen für die beiden sich ergänzenden Körperlichkeiten unter Umständen nicht von einer Person ausgeübt werden könnten. Deshalb habe der Oberpräsident, um allen Betrügnissen zu entgegen, zwei Staatskommissionen ernannt.

## Berlin unter Staatsaufsicht

Zwei Staatskommissionare zur Steuerfestsetzung

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin hat mit Verordnung vom heutigen Tage die Oberregierungsräte Dr. von Stein und Dr. Kopp, ersteren zur Ausübung der Rechte des Magistrats, letzteren zur Ausübung der Rechte der Stadtorbitorbentversammlung als Staatskommissionare für die Reichshauptstadt ernannt.

Die Staatskommissionare haben zur Verbesserung der Haushalts- und Kassenlage im Haushaltsjahr 1930 drei Aufträge erhalten. Es sollen erstens die Erhebung der Bürgersteuer, für das Rechnungsjahr 1930 in Höhe des Landessteuers veranlassen. Zweitens sollen sie die Einführung der Gemeindegütersteuer mit einem Satz von 10 v. H. mit Wirkung vom 1. Dezember 1930 beschließen. Und sie erhalten drittens den Auftrag, den Steuererhebungsbefehl für das Rechnungsjahr 1931 festzusetzen und die Erhebung

der Bürgersteuer auch für das Haushaltsjahr 1931 nach dem Einfluß zu beschließen, da der Haushalt 1930 nicht von dem für 1931 zu trennen ist und gegenüber dem bevorstehenden sogenannten Pfandbesatz eine Sicherung der Einnahmen aus der Grundbesitzersteuer in Höhe eines Zustufes von 312 1/2 v. H. zu den tatsächlichen Grundbeträgen nach der schon jetzt überhöhten Haushaltslage nötig ist. Außerdem sollen die vom Magistrat vorgelegenen Ausgabenverfügungen in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark durchzuführen werden.

Die Verordnung des Oberpräsidenten ist dem Berliner Magistrat heute vormittag zugegangen. Die Staatskommissionare werden sich ausschließlich auf den Wirkungsbereich beschränken, der ihnen durch den Erlass vorgezeichnet ist. Die Wirksamkeit des Magistrats und der Stadtorbitorbentversammlung dauern in allen übrigen Fragen fort. Die für heute nachmittag angelegte Stadtorbitorbentversammlung findet planmäßig statt.

## Wirth in Oberschlesien

Die entscheidende Kabinetts-Sitzung

Die entscheidende Kabinettsitzung, in der der Reichskanzler über das Ergebnis der Parteiführer-Verhandlungen Bericht erstatten wird, und die einen Beschluß darüber bringen soll, ob das Kabinett eine parlamentarische Durchbringung ihrer Gesetze beschließen soll, aber auch diesmal dem Weg des Artikels 48 vorzuziehen, findet Freitag abend oder Sonnabend vormittag statt. Die Hausungsschleife der Entscheidung ist auf eine Oberschlesien-Reise des Reichsfinanzministers Wirth zurückzuführen.

Reichsinnenminister Wirth ist zusammen mit dem Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Dr. Wegg, nach Oppeln gereist, um an Ort und Stelle zur Beurteilung der dortigen Bevölkerung beizutragen. Der Reichsinnenminister wird durch Vermittlung des Oberpräsidenten von Oberschlesien, Untolmit, mit den maßgebenden Kreisen Deutsch-Oberschlesiens in Verbindung treten. Er wird die Wünsche der Reichsregierung mitteilen und darüber hinaus bestimmte Maßnahmen in Aussicht stellen, um zu der wünschenswerten Beiruhigung in Deutsch-Oberschlesien zu helfen.

wesentliche Verbesserungen der ursprünglichen Vorlage seien, vor allem in dem energischen Verhalten der Regierung, einen wirklichen Preisabbaubehuf zu erkennen und auch besonders in dem Beschluß des Reichsrats, daß der Mittelweg erst dann abgelehnt werden soll, wenn durch besonderes Gesetz die sozialen Erfordernisse, die im Interesse der Arbeiter dauernd bestehen bleiben müssen, festgelegt sind.

Der Reichspräsident empfing Donnerstag den Reichsfinanzminister Dietrich zu einem ausgedehnten Vortrag über den Stand des Sanierungsprogramms. Der Reichspräsident bemerkt, wie amtlich mitgeteilt wird, die Gelegenheit, um dem Reichsfinanzminister wie seinen Mitarbeitern seinen Dank für die in den letzten Wochen geleistete schwere und umfangreiche Arbeit anzusprechen.

## Mit faubren Waffen

Der Beschluß des Reichskabinetts, auf Grund des Artikels 13 des Völkervertrages nach für den Dezember eine außerordentliche Sitzung des Reichsrates zu beantragen, auf die der deutschen Reichsbanner über die Verwirklichung der Wunderricht in Polen verhandelt werden sollen, ist der beste Beweis dafür, daß die deutsche Regierung von allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zum Schutze der deutschen Wunderricht Gebrauch zu machen will.

Wenn gleichwohl heute aus allen Ecken alle möglichen Gruppen und Vereine hervorgerufen und in „flamenden Aufrufen“ von der Regierung andere und härtere Maßnahmen verlangt und dabei sogar so weit gehen wie die Nationalsozialisten, die die Zurückweisung eines belandeten Armes gegen Polen verlangen, so ist das, kurz und bündig gesagt, ein Verbrechen gegen die schwer lebende deutsche Wunderricht in Polen. Hier wird nämlich wieder einmal die traurige Methode angewandt, die nationalsozialistische Parteilinie an dem Gefegener deutschen Volkes ein wenig aufzuklären.

Deutschlands Stellung in der Wunderrichtfrage ist stark genug, um der unerbetenen Hilfeleistung durch Kreise entzogen zu können, die, wenn sie selbst mit dem Ausland zu arbeiten haben, ganz andere und viel mildere Ziele anstreben als heute, wo sie gelaplos für sich, und gefährlich für die deutschen Arbeiter brauchen sich vor nationaler Enttötung überlegen, nur um nicht anerkennen zu müssen, daß die Regie-

zung die Maßnahmen ergreift, die möglich sind und allein einen Erfolg versprechen.

Wir können unter gerechtem Kampf für die deutsche Winderbeitz in Polen nicht durch Maßnahmen distrahieren, die die Welt mit Recht gegen die Christenheit unseres Vorgehens nichttaulich machen müßte. Eine Verbreiterung des deutschen Vorgehens gegen Polen würde es aber bedeuten, was entweder völlig sinnlose militärische Demonstrationen, unternommen oder eine Repressalien gegen die polnische Winderbeitz in Deutschland ergreifen müßte. Die Stärke der deutschen Stellung und unter moralische Berechtigung zur Ausnutzung jedes vernünftigen Mittels zur Erleichterung der Lage unserer deutschen Brüder beruhen nicht zuletzt auf der von der preussischen Regierung seit Jahren betriebenen vorbildlichen Winderbeitzpolitik, die gegen den Widerstand jener Schritte durchgeführte wurde, die heute am lauffestigen sind. Es geht um die deutsche Winderbeitz gehen werden kann, wird getan werden, aber es schädigt unter Stellung nur, wenn jene Schritte, denen Gewalt nach innen stets ein besonders liebes Kampfmittel gemeint ist, sich zu dem gesellen, die mit gutem Gewissen das Urteil der Welt gegen den polnischen Terror anrufen, weil sie Gewalt und Unterdrückung als Mittel des politischen Kampfes ablehnen.

## Der deutsche Schritt beim Döllerbund

Die deutsche Protokolle an den Döllerbund über die Verlegung der deutschen Winderbeitzrechte in Polen ist der Welt bekannt und stellt ein ausführliches Material dar, das gegenüber der deutschen Winderbeitz in Schlesien ausgetreten Wohlwörter und die damit in Zusammenhang stehenden Verbindungen deutscher Oberlehrer dar. Es geht heute nach Genf ab. Jünglich sind die Vertreter, die bei dem Döllerbund durchgehenden Mächten begünstigt sind, doch Kopien der Protokolle überreichen und erläutern.

Die Welt, Deutschland fordert Einberufung einer Sambertragung des Döllerbundes in Paris. Die Reichsregierung hat sich nach dem Deutschen Wunsch auf der regulären Sitzung vom 11. Januar beabsichtigt worden. Wegen einer außerordentlichen Ratstagung sprach verschiedene. Sie könnte frühestens Mitte Dezember stattfinden, und das Erscheinen der Außenminister der Staatsmächte wäre fraglich. Dann würden die Staatsmächte nur durch ihre Berater beauftragt werden, gewisse Stellen, was bedeutet hätte, daß die Ausführungen des deutschen Außenministers nur zur Kenntnis genommen werden. Die Reichsregierung legt aber den allergrößten Wert darauf, daß über das dem Döllerbund eingerichtete Befragungsbüro eine ausführliche Debatte stattfinden, die mit einem Artikel in der Welt beginnt. Bei der Ratstagung im Januar, bei der auch die Frage der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und der Pan-Östrop-Konferenz zur Sprache kommt, sind die Außenminister der Staatsmächte bestimmt zu erwarten.

## Terror auch im Korridor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 27. November

Die oberösterreichischen Terrormethoden im Kampf gegen die deutsche Winderbeitz scheinen neuerdings auch auf die Korridorprovinz Pommerellen überzugreifen. Wiederholt sind Ueberfälle auf das „Deutsche Heim“ in Thorn erfolgt. Der deutsche Konsul in Thorn ist an Ort und Stelle erschienen, um sich von dem Zustand der Gefährdung zu unterrichten.

Die polnische Regierungspresse antwortet heute in überaus scharfen Ausfällen auf die deutschen Botschaften wegen der letzten Vorgänge in Oberösterreich. Mit großer Empörung verurteilt sie die Antwort des Reichsleitenden Kalender auf die Klage über die Verletzung von deutsch-österreichischen Verträgen, worin — selbstverständlich — festgestellt wird, daß die heutige Übergangspolitik die rechtliche Grundlage der Tätigkeit der Gemeinlichen Kommission liege.

Außenminister Jaksitz hat gestern abend auch den polnischen Generalkonsul aus Weiden, Wallmann, zur Vernehmung in Warschau bestellt. Ein polnisches Regierungsbüro erklärt dazu, der Generalkonsul werde Gegenmaterial zu den deutschen Beschwerden über den Terror gegen die polnische Winderbeitz in Westböhmen beibringen haben.

## Diktatur in Mecklenburg

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Schwerin, 27. November

Ans Aussprüche des rechtsradikalen Reichstagsabgeordneten Dr. Wendhausen, der übrigens auch mit einem Apparat beschäftigt ist, zu entnehmen, daß hier geplant ist, unter Ausschaltung des Landtages die extremen Forderungen des Landbundes, die auf einen großen Abbau von Behörden und Beamten, der Volksschulen und der Landesuniversität, auf einen Steuererhöfung, die die gesamte Bevölkerung für die Dauer eines Jahres hinausschieben, durchzuführen. Bestimmte Maßnahmen könnten nur auf Kosten der übrigen Bevölkerung durchgeführt werden, würden aber auch dann das Ziel der Senkung des Organisationsniveaus nicht erreichen. Praktisch sind sie überdies gar nicht durchführbar, wenn man sich an die verfassungsmäßigen Bestimmungen halten will.

## Ciret in der Stettiner Metallindustrie

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Stettin, 27. November

Nach den ergebnislosen Lohn-Verhandlungen in der Stettiner Metallindustrie beschloß die Arbeiterseite in einer Urabstimmung mit 96 v. H. der Stimmberechtigten, am kommenden Freitag in den Ciret zu treten.

# Für Deutschland gleiches Recht!

## Scharfer Vorstoß Bernstorffs in der Abrüstungs-Kommission

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Genf, 27. November

Bei der Behandlung des berichtigten Artikels des Konventionentwerfs für die Abrüstung, der die f r e h e r abgehandelten Verträge über Abrüstungen, also auch die betreffenden Bestimmungen der Friedensverträge ausdrücklich in f r e h e r enthält, kam es zu der erwarteten großen Auseinandersetzung, zumal die französische Delegation nach einer Erklärungsanfrage einsehend hatte, der ausdrücklich aus der Aufrechterhaltung der Bestimmungen der früheren Abrüstungsverträge eine Vordringung des Interesses der Abrüstungskonvention folgt.

Wassili begünstigte den Antrag der französischen Delegation und fügte nur hinzu, daß die Aufrechterhaltung der Friedensverträge für die französische Delegation eine der wichtigsten Verbindungen des Abschlusses einer Abrüstungskonvention liege.

Darauf gab Graf Bernstorff eine Erklärung ab, in der er sagte: Der jetzige Konventionentwurf hat mit Abrüstung, soweit es sich um die Landstreitkräfte handelt, nichts mehr gemeinsam als die Liebespolitik. Wenn die Kommission sich von diesem falschen Wege ihrer fünfjährigen Arbeit abstellen sollte, würde, hätte sie nicht auf das den vorliegenden Artikel des f r e h e r entsetzliche Geheißert dem früheren Vertrag gegenübergestellt. Wenn die Kommission den Artikel annimmt, werden dadurch allerdings nur diejenigen Staaten betroffen, die den Konventionentwurf unterstützen werden. Es greift über Deutschland nicht gehen. Um Gegenteil würde ich haben die Gelegenheit dieses Artikels zu benutzen, um gegen den ganzen Konventionentwurf zu stimmen.

Wassili, der Graf Bernstorff fort gibt, es Delegierte in der Kommission, die des Glaubens leben, man könnte der deutschen Regierung einen Vertrag zur Mitunterzeichnung anbieten, der den Abrüstungsstand der Welt zu Ende verschiebt, hat eine wirkliche Abrüstung zu bringen, oder der sogar keine Erhöhung gestattet und der von Deutschland gleichgültig eine Senkung des deutschen Unterwegs unter die Abrüstungsbestimmungen des Verfallenen Vertrags bedeuten würde. Ich muß Sie bitten, erklärte Graf Bernstorff einer solchen Situation einbittig zu entsagen. Was den französischen Vorstoß an betrifft, möchte ich erklären, daß die Voraussetzungen allgemein bekannt sind, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als eine vertragmäßige Gegenleistung an-

nehmen kann. Seit sehr und Tag sind diese Voraussetzungen von dem amtlischen Vertreter Deutschlands bei jeder Gelegenheit ausgesprochen worden.

Unter Standpunkt ist der, daß Deutschland einen Abrüstungsvertrag nur dann annehmen kann, wenn er eine gleiche und der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt. Diese Auffassung hat der Reichsaussenminister Dr. Curtius erst vor wenigen Tagen hier in Genf wiederholt Ausdruck gegeben, und ich selber habe mich stets im gleichen Sinn ausgesprochen. Deutschland wird die Abrüstungskonvention danach beurteilen, ob ich Graf Bernstorff seine Erklärung, ob sie als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundlag politischer Sicherheit vermehrt. Der vorliegende Entwurf, der in den letzten fünf Jahren in dieser Kommission ausgearbeitet wurde, tut dies aber nicht.

In der Debatte, die der Erklärung Bernstorffs folgte, führte Graf Robert Cecil aus, daß die Behauptung, die Konvention enthalte nichts als die Liebespolitik, auch für die Verdrängung aus unangenehm ist. Er bedauerte die Erklärung Bernstorffs, der nur an die Friedensverträge denkt, und gab der folgenden Erklärung, daß die Erklärung Bernstorffs nicht ein Recht geben dürfte, daß die künftige deutsche Politik ausschließlich auf die Grundlage dieser Erklärung abgestellt wird.

Diese Behandlung auf der Konferenz ließ nach einer folgenden Erklärung des französischen Delegierten Wassili bei Antrag der französischen Delegation ermöglichen. Die Ausführungen Bernstorffs über die Parität der Sicherheit schienen anzudeuten, daß er also die französische Forderung der Parität als Grundlage der Abrüstung annehmen würde.

Nach einer Erklärung des amerikanischen Delegierten Wilson, daß die Vereinigten Staaten das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Verträge von Washington und London hätten, weshalb er für den englischen Text dieses Artikels stimmen werde (als erster nicht für den französischen), wurde der Antrag des bulgarischen Delegierten Bernstorff, den Artikel zu streichen und die ganze Frage an die Abrüstungskonferenz zu verweisen, gegen die Stimmen Deutschlands, Italiens, Russlands, der Türkei und Bulgariens mit 12 Stimmen bei politischen Einseitigkeiten abgelehnt und Johann der Antrag, die vorliegenden beiden Texte der englischen und der französischen Delegation einem Unterausschuß zu überreichen, ohne Widerspruch mit 14 Stimmen angenommen.

# Ohne freien Weltmarkt keine Erfüllung

## Dringung und Luder vor der Industrie

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hielt heute vormittag im Vierjahr des Reichswirtschaftsrats eine außerordentlich stark besuchte Hauspaulus-Sitzung ab, an der Vertreter der Reichsregierung, der Behörden, an der Spitze der Reichstagsmitglieder und Reichsbankepräsident teilnahmen. Reichsminister Dr. Brüning äußerte sich über das Wirtschafts- und Reformprogramm des Reichsrats. In der Diskussion, in der auch Prof. Hoffmann das Wort ergrieff, erklärte Dr. Reichert, Mittelhagen des Hamburger Bankhauses Warburg und deutscher Delegierter auf der Young-Konferenz, daß Deutschland zur Zeit immer noch unter einer unsichtbaren Besetzung in Form übermäßiger Schuldverpflichtungen leide. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Industrie zu politischer Mitarbeit an dem Gesamtprogramm der Reichsregierung bereit ist. Betschlag wurde jedoch bezeugt, daß die bisherigen Erfolge der Preisfestlegungspolitik in der breiten Öffentlichkeit nicht genügend beachtet wurden.

Reichsbankepräsident Dr. Luder hielt ein großangelegtes Referat über die deutsche Währung und Wirtschaftslage. Er erklärte u. a.: Die Zeit von dem nach Zahl und Kapitalbeziehung überhöhten Kapitalflüssen haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie heute sein könnten. Die letzten Jahre alle Reichsmark hat die wiederholt nicht selten Jahre durchgehalten, und sie wird noch viele Male diesen Jahre durchhalten. Wenn immer wieder Gedanken auftauchen, die unter Mithilfe jeder geschäftlichen Erfahrung neuerdings Geld schaffen wollen, so wird bald übersehen, daß die Jede weiterer Experimente vom deutschen Volk begehrt werden müßte.

Gelänge obenbrein die angelegte Kräftezusammenfassung zu wirtschaftlicher Regierungsgewalt im Reich, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einziehung dieser verfallenen Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Exports.

Mit reichem Nachdruck wird deutscherseits darauf hingewiesen werden, daß nach Young-Plan auch die von den anderen zu erfüllenden Voraussetzungen gelte. Die Reparationen sind auf die Dauer nur erfüllbar, wenn Deutschland genügend Mittel hat, in die es auszufließen kann. Gleiches wird nach Young-Plan zur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Sätzen erhält.

Erst, wenn der Alpdruck der kurzfristigen Auslandsüberdeckung weicht, können sich die wirtschaftlichen Kräfte entspannen. Auch die Kapitalförderung muß überwinden werden, die heute besonders in Frankreich besteht und eine Steigerung exzessiver Produktionskraft darstellt, vergleichbar der toten Hand einer früheren Wirtschaftspolitik.

Es erscheint unvorstellbar, daß die internationale Goldaufwertung nicht Rückwirkungen auf die Höhe der Reparationen haben sollte. Der Vorkurs sollte schon der Devisenmarkt zu befallen. Das was selbstverständlich auch für den Weltmarkt gelten. Auch die Aufrechterhaltung der sozialen Lebensbedingungen des deutschen Volkes muß unter dem Young-Plan beachtet werden.

Die in der Goldaufwertung sich spiegelnde neue Preisformierung eröffnet dem Lächeln neue Möglichkeiten neuer Beidigung. Die entlassenen das deutsche Volk danach trachtet, durch Senkung der Produktionskosten und Preise möglichst für den anderen die neuen Ute zu erreichen, desto besser werden seine wirtschaftlichen Zustandsausfälle sein.

Hier liegt auch vom Standpunkt des inneren Marktes aus, die den Tragfähigkeit jeder gefahren Ausfuhr ist, also auch für die Bandwirtschaft, Deutschlands besondere Chance.

Auch die Lebensfähigkeits Vorläufer einer Revision sind sich darüber klar, daß kein deutscher Revisionismus dahin gehen könnte, Schulden privatrechtlichen Charakteres nicht rechtzeitig bezahlen zu wollen. Was aus den Erörterungen über das sogenannte Minimum ab der Revision auch wehrte mich, liegt nach dem Weltmarkt primären Schuldverpflichtungen abwegungsmäßig und bei Pädagogie erfüllen. Es bezeichner wird die deutsche Unterwegsheit unter dem Young-Plan's a. u. einbinden annehmen, desto eher können wir darauf rechnen, daß das, was nicht bestehen bleiben kann, geändert wird."

## Revolver-Attentat auf einen Richter

Eberstadt, 27. November

Der aufsehenswerte Richter des Obermeraner Amtsgerichts, Amtsgeschäftsrat Professor Goerde, wurde heute mitlag vor dem Portal der Forstlichen Hochschule von dem Freise Reichstein aus der Stettiner Straße durch einen Schuß in den Rücken niedergeschlagen.

Der Täter war auf Amtsgerichtsrat Goerde mit den Worten hingetreten: „Sie haben mich ruiniert!“ Demnach gelang es in seinen Revolver und Schuß. Der schwerverletzte Richter wurde sofort in das Haupt-Bezirks-Helm geschafft. Ob es gelingen wird, ihn zu retten, ist fraglich.

Der Täter wurde verhaftet. Nach seinen Aussagen ist ein Nachschuß anzunehmen.







Weiter Verlauf der Börse

Nachdrücklich einige Spezialwerte, die bereits in den Schlusskursen fest gelegen...

Primärwerte für Dezember und Januar 1911. (Mittelsort von Vot. Solberg u. Cie., W. Franzosische Str.)

7 1/2; Dedbach 3 1/2; A. E. G. 5 1/2; Gutfreud 7 1/2; Rheinl. 7 1/2; Gelsenberg 7 1/2; ...

Dividenden Hildenheimer Aktienbrauerei Vorschlag wieder 7 pCt. Zuckerfabrik ...

Ostseewägen: Warschau 45 925 G 47 125 B; Katowitz 46 90 G 47 10 B; Posen 46 925 G 47 25 B...

Anstreich aus der Liquidationskasse. Die 1909 gegründete Bankfirma Carl Uffelder u. Co. ist, wie wir hören, aus der Liquidationskasse angetreten.

Termin-Notierungen

Table with columns for currency types (e.g., Reichsmark, Goldmark) and their respective exchange rates.

Ämliche Kurse der Berliner Börse

Fortlauf. Notierungen

Table listing various stocks and their current market prices.

Festverzinsliche Werte

Diskont. Staatsanleihen

Table showing discount rates for government bonds.

Offenl. Pfandbriefe

Table listing open mortgage bonds.

Provinzialanleihen

Table listing provincial bonds.

Stadlanleihen

Table listing city bonds.

Hypoth.-Pfandbriefe

Table listing mortgage bonds.

Landesanleihen

Table listing state bonds.

Konvert. Oblig.

Table listing convertible obligations.

Anst. Eisen.-Oblig.

Table listing railway bonds.

Staat-Anleihen

Table listing government bonds.

Verkehr

Table listing transportation stocks.

Kolonat-Werte

Table listing colonial stocks.

Aktien

Table listing various stocks and their market prices.

Industrie

Table listing industrial stocks.

Schwerte

Table listing heavy industry stocks.

Schuldverschreibungen

Table listing debt securities.

Banken

Table listing bank stocks.

Verkehr

Table listing transportation stocks.

Kolonat-Werte

Table listing colonial stocks.